

Das Werden des Volksstaats.

Sieht man vom Fideikommissgesetz ab, das ein Irrtum in der Zeit, zu Anfang 1917 austauchte und nach ein paar Monaten besser vermiedenen Kampfes wieder spurlos verschwand, so ist in einundvierzig Monaten des Krieges bis jetzt, bis zuletzt, in Deutschland keine einzige innerpolitische Gesetzgebungsfrage größeren Stils in Angriff genommen worden. Zwar sind viele Hunderte von Gesetzen und Verordnungen ergangen; aber sie regeln nur die Notwendigkeiten des Krieges; sie sprechen nur von der Gegenwart, noch nicht von der Zukunft — nicht einmal für die Steuerpolitik oder für die Ueberleitung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft sind deren Grundlinien bisher festgelegt. Wer deshalb die innerpolitische Entwicklung Deutschlands während des Krieges

lediglich an dem abmessen wollte, was an Verfassungsparagraphen geändert oder in neuen Gesetzen neu formuliert worden ist, der könnte leicht meinen, daß es in diesen dreieinhalb Jahren überhaupt keine Entwicklung gegeben habe. Und doch zeigte solches Urteil nur, wie sehr dem, der es fällt, das Augenmaß für die Abschätzung politischer Wirklichkeit fehle. Denn viel entscheidender als alle äußeren Maßnahmen sind die inneren Wandlungen im politischen Dasein eines Volkes. Viel tiefer als alle Aenderungen der Verfassung bestimmen die Aenderungen seiner geistigen Konstitution auch seinen politischen Zustand. Die tatsächliche Verfassung — das sind die tatsächlichen Machtverhältnisse: das Wort Cassellus ist so wahr, daß, wenn wirklich der innere Zustand eines Volkes sich entscheidend gewandelt hat, es immer nur eine Frage der Zeit sein kann, wann dieser inneren Wandlung auch die äußere Aenderung in den formulierten Paragraphen der Verfassung folgt. In der inneren Wandlung des Verhältnisses von Volk und Staat in Deutschland liegt das entscheidende Merkmal für unsere innerpolitische Entwicklung während der Kriegszeit — sie ist in Wahrheit größer, grundwärtender geworden als jemals seit der Gründung des Reichs.

Der Krieg war auch hier der große Revolutionär: an seinem ersten Tag entschied sich die Wendung, er ist das Geburtsdatum des deutschen Volksstaats. Staat und Volk mußten eins werden, mußten sich zusammenfinden in gewaltiger, alle Schranken zerbrechender Durchdringung, weil der Staat der ungeheuren Bedrohung nur standhalten konnte durch die unbedingte Hingabe aller seiner Bürger. In dem alle diese Hingabe leisteten — alle, auch diejenigen, die dem Staat, so wie er war, bis dahin fremd und ablehnend gegenübergestanden hatten, die Massen der sozialdemokratischen Arbeitererschaft insbesondere — bekannten sie, wie eng ihr ganzes Dasein, das sittliche nicht minder als das materielle, sich mit diesem Staat verknüpfte, der die Organisation unseres Volkstums ist. Aber sie bekundeten damit zugleich auch, und sie haben es seitdem in den unerhörten Taten und Opfern von dreieinhalb Kriegsjahren bekräftigt, daß sie diese Hingabe nicht einer fremden Sache, sondern ihrer eigenen leisteten — daß der Staat fortan nicht mehr die Sache einzelner bevorzugter Volksteile sein dürfe, sondern die Sache des ganzen Volkes, die Verantwortung aller, ihr Schicksal frei nach eigenem Willen gestaltenden Bürger. Der Staat andererseits, indem er diese Hingabe aller forderte und annahm, bekannte und gelobte auch für sich das gleiche. Denn der Obrigkeitstaat, der einen Teil der Volkskräfte von sich ausschließt, ist zu schwach für die Aufgaben des Krieges, er wäre auch zu schwach für seine riesigen Aufgaben nach dem Kriege — er wäre zu schwach für diese Aufgaben, selbst wenn er sich in der Vorbereitung für stark genug hielt, die Ausschließung der Volkskräfte weiter aufrecht zu erhalten und damit, nach dem Worte Herrn von Bethmanns, Erschütterungen heraufzubeschwören, deren Tragweite kein Mensch zu übersehen vermöge. Das Bedürfnis des Staates und der Wille des Volkes flossen so zusammen: die ungeheure Revolution des Krieges schuf die zwingenden Vorbedingungen für die künftige deutsche Demokratie.

Die Bewältigung der Kriegskrebse durch die Sozialdemokratie, die Heranziehung der Gewerkschaften und Genossenschaften für die Aufgaben der Kriegswirtschaft, die Preisgabe mancher früher geübter politischer Schikanen gegen die Arbeiterschaft bis zur Einennung eines Sozialdemokraten zum Unterstaatssekretär im Reichs Ernährungsamt — das und manches andere waren Etappen auf diesem Wege: der Staat konnte keine Parteien mehr, nicht weil die Parteien verschwinden würden, sondern weil er, der Staat, keinen disqualifizierenden Unterschied unter den Parteien mehr machen wollte, weil er ihre Gleichberechtigung, die Gleichberechtigung aller, anzuerkennen sich verpflichtete.

Später, als die lange Dauer des Krieges Zeit und reichlichen Anlaß zum Nachdenken gab, kam das Weitere: die Politisierung

Krieg bedeutete, rang man um Klarheit. Selbstbesinnung griff wieder Platz; man verglich die Wünsche und die Realitäten; man prüfte nach, was man, nach außen und innen, erstrebte, und warum man es erstrebte — aus dem Ueberchwang des Gefühls gestaltete sich der politische Wille. Und da schieden sich die Geister. Denn auf der einen Seite fanden sich nun diejenigen zusammen, die in positiver Mitarbeit am Staate im Inneren das neue Deutschland aufbauen wollten, wie sie es als die notwendige Konsequenz des Krieges erkannt hatten, das Deutschland der Freiheit und der Gerechtigkeit, den allem Lützigen freie Bahn bietenden Staat aller Deutschen — und die zugleich nach außen einem Frieden der Verständigung und des Ausgleichs zustrebten, weil sie, entschlossen zur Anspannung aller Kräfte für die Verteidigung des Vaterlandes, in dieser Verteidigung das wichtigste Ziel unseres Krieges erblickten, weil sie nicht um phantastischer Eroberungsziele willen den Krieg ins Ungeheure verlängern wollten, weil sie nicht in den Bedingungen des Friedens schon die Keime neuer Revandekriege auszuwachsen wünschten. Auf der andern Seite aber blieben diejenigen zurück, deren altes, durch keine Kriegserfahrung berichtetes Ideal der Herrschastherrschaft ist, wenn sie darin herrschen: der Herrschastherrschaft, der sich nach außen wie nach innen nur durch die Macht behauptet, durch Niederhaltung der eigenen Massen, durch Eroberung und Unterwerfung fremder Völker. Chauvinisten, Annerktionisten und Reaktionäre hier — und dort diejenigen, die auch an die Macht der Ideen glauben, an die Idee des Rechts und der Gerechtigkeit im inneren Leben der Völker wie im Leben der Völker untereinander. Zwei große Parteien, hinter denen zwei innerlich unvereinbare Weltanschauungen stehen: in allen kriegsführenden Ländern sind sie durch den Krieg entstanden, weil überall der Krieg die gleichen Fragen aufwarf, auf die er von jedem einzelnen eine klare, feste, unzweideutige Antwort fordert. Zwei große Parteien, die jetzt überall um die Entscheidung mit einander ringen: sie können sich nicht durch ein kühles Kompromiß vertagen, sie könnten einen Rest des Bürgerfriedens nur durch eine sachlich-ritterliche Art des Kampfes bewahren, und auch dazu war das wilde Demagogentum unserer Alldeutschen nicht reif. Immerhin, der Kampf war in Deutschland früher als in den Weltstaaten zwar nicht beendet, aber entschieden: die Alldeutschen und ihre kontervolativen Genossen sind eine Minderheit an Zahl, wenn auch nicht an Lungenkraft, in Deutschland; wer mit ihnen regieren und ihre Politik machen wollte, der müßte gegen die große Masse des deutschen Volkes regieren.

Im Volksstaat aber kann nur mit der großen Mehrheit des Volkes, nicht gegen sie, regiert werden; hat sich einmal im Volk eine Klärung der Meinungen vollzogen, hat sich einmal eine große Volksmehrheit bewußt und entschlossen hinter eine bestimmte politische Meinung gestellt, dann muß diese Meinung auch dort durchdringen, wo die Politik gemacht wird; der Politisierung des Volkes folgt die Politisierung der Politik.

Auch da vollzog sich die Wandlung zuerst an dem demokratischen Teile der verfassungsmäßigen Instanzen, an dem aus dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht hervorgegangenen Reichstag. Das Mittel zur

Politisierung des Reichstags aber war die Bildung einer Mehrheit. Jahrzehnte hindurch war das Fehlen einer solchen Mehrheit der Krebschaden unseres öffentlichen Lebens gewesen. Weil die Regierungen sich nicht auf eine feste Mehrheit stützen konnten, sondern sich immer nur von Fall zu Fall für jede Einzelangelegenheit eine irgendwie zusammengesetzte Mehrheit suchen mußten, deshalb hatten sie nicht Politik getrieben, sondern nur verwaltet: hinter den Einzelmaßnahmen die ergriffen wurden, stand nicht eine klare politische Weltanschauung, die den Staat nach ihrem Ebenbilde formen will, es waren immer nur Augenblicksziele, die man verfolgen konnte, bald reaktionäre, bald auch dann und wann mehr fortschrittlich gerichtete, je nachdem ein Minister für eine bestimmte Vorlage mehr auf eine Mehrheit mit rechts oder mit links reflektierte; so fehlte dieser Verwaltung, die Politik sein wollte und doch nicht sein konnte, jeder große Zug und vor allem auch jede Einheitslichkeit, die ihr allein Verständnis und Widerhall bei den Massen des Volkes hätte bringen können; es war ein jedem Nichtberufspolitiker ganz unverständliches, verwirrendes und darum abschreckendes Bielelei. Am schwersten aber litt der Reichstag darunter, in seiner Wirksamkeit ebenso wie in der Achtung des Volkes. Denn weil aus dem Mosaik der Parteien ungefähr für jede Vorlage eine Mehrheit zusammenzustellen war, und weil sich im Reichstag kein politischer Wille kristallisierte, war der Reichstag immer mehr zur bloßen Redehalle geworden, in der kritisiert, aber nicht gehandelt wurde. Wir hatten nur einen Scheinparlamentarismus, obwohl die Verfassung des Reichs dem mit dem Budgetrechte ausgestatteten Reichsparlament die Möglichkeit zu jeder parlamentarischen Macht darbot, die es erstrebte. Wie viel ist bei uns über die „Einführung“ des parlamentarischen Systems diskutiert worden! In

Wirklichkeit konnte es nicht eingeführt, es mußte gemacht werden: in dem Augenblick, in dem sich im Reichstage eine feste, arbeitswillige und arbeitsfähige Mehrheit mit einem festen, klaren Arbeitsprogramm bildete, war es da und nicht länger zu übersehen. Diese Mehrheit hat sich jetzt gebildet — es ist die Mehrheit, nach der die Mehrheit des Volkes verlangte, deren Programm, Verständigungsfriede nach außen und Neuorientierung daheim, von der weit überwiegenden Volksmehrheit gebilligt wird.

Ein Zweites aber folgte unmittelbar daraus: die Politisierung der Regierung.

Das bedeutet zunächst Vereinheitlichung: Zusammensetzung der Regierung unter dem Gesichtspunkte, daß ihre Mitglieder, politisch gleich gerichtet, dem gleichen politischen Ziele mit aller Kraft zuzustreben gewillt sein müssen. Es war eine der schwersten Unterlassungssünden Bethmanns, daß er dies nicht frühzeitig bewirkte, daß er, der die Forderungen der neuen Zeit vor vielen anderen erkannt hatte und dem dafür immerhin mehr Dank des deutschen Volkes gebührt, als dem Vielbefehdeten bisher geworden ist, noch jahrelang nach Kriegsausbruch Männer als Minister und Staatssekretäre duldete, die mit jüher Verblissenheit nur für die Erhaltung des Alten kämpften. Noch sein Sturz bewirkte hier das Neue: dem zweiten Wahlrechts-erlaß des Königs, der das gleiche Wahlrecht für Preußen proklamirte, folgte der Rücktritt aller der Minister (mit Ausnahme des Kriegsministers), die in der Kronratsitzung gegen das gleiche Wahlrecht gestimmt hatten. Und zu dieser Vereinheitlichung der Regierung in sich kam, bei dem Zwischenstadium Michaelis und bei der Bildung der Regierung Hertling, das andere, nicht minder Wichtige: die Verknüpfung der Regierung mit der Reichstagsmehrheit, auf die sie sich stützen will, die Parlamentarisierung. Bevor Graf Hertling das Amt des Reichskanzlers und preussischen Ministerpräsidenten übernahm, verständigte er sich mit der Reichstagsmehrheit über die Richtung der Politik und über die nächsten, nun zu ergreifenden Maßnahmen. Er bestätigte damit die entscheidende Wandlung, die sich durch die Bildung einer Mehrheit im Reichstag vollzogen hatte: daß, solange eine solche Reichstagsmehrheit besteht, keine Regierung möglich ist, die nicht das Vertrauen dieser Mehrheit besäße, daß deshalb keine Regierung kommen kann, die sich dieses Vertrauens nicht vorher vergewissert hätte, daß jede Regierung abtreten muß, der dieses Vertrauen der Mehrheit entzogen wird. Die Zusammensetzung der neuen Regierung entsprach auch äußerlich dieser Neugestaltung: neben dem Grafen Hertling, dem früheren Zentrumsführer, wurde je ein Führer der Volkspartei und der Nationalliberalen als Vertreter des Kanzlers und Ministerpräsidenten berufen; die Regierung ist (während nur die Sozialdemokraten leider noch freiwillig Abstinenz übten) ein Abbild der Mehrheitsparteien, die erste parlamentarische Regierung in Deutschland und Preußen.

Das Dritte, Entscheidende steht noch bevor: die Politisierung des Bundesstaats

durch die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen. Denn das gehört noch dazu, damit im Reiche, und dann auch in Preußen, wirklich Politik gemacht werden könne. Das gleiche Wahlrecht für Preußen ist nicht nur eine elementare Forderung der Gerechtigkeit, nicht nur die selbstverständliche Konsequenz der Volksteilungen in diesem Kriege — es ist auch die wichtigste innere politische Reform des Reiches und damit die oberste gesamtdeutsche Frage. Wir brauchen übereinstimmende Mehrheitsverhältnisse im Reiche und in Preußen, weil von dem Augenblicke an, in dem überhaupt feste Mehrheitsbildungen statfinden, der Zustand unrettbar wird, daß verschiedeneartige Mehrheiten im Reichstage und im preussischen Abgeordnetenausschusse die Regierung nach verschiedenen Richtungen bald hierhin und bald dorthin zögen. Wir müssen das gleiche Wahlrecht in Preußen bekommen. Und wir werden es bekommen, allen konservativen Widerständen zum Trotz.

Dann werden die heimkehrenden Kämpfer,

die ja künftig die Hauptmasse der Wähler darstellen werden, den Staat so finden, wie sie es beanspruchen dürfen — so nämlich, daß sie ihn nach ihrem politischen Willen gestalten können. Ihrer Entscheidung ist nicht vorgegriffen; der Inhalt dessen, was künftig deutsche Politik sein soll, ist noch nicht bestimmt; nur die Form wird errichtet sein, die dann das ganze Volk mit politischem Inhalt erfüllen soll. Was jetzt geschieht und was in dreieinhalb Jahren kriegsführender innerer Wandlung geschehen ist, schafft lediglich die Vorbedingungen für das Künftige: dafür, daß der deutsche Staat nach dem Kriege der Staat aller Deutschen sei, daß alle Schichten des Volkes gleichberechtigt an ihm wirken und schaffen können, daß die Heimkehrenden bei Friedensschluß nicht den Staat in der Hand einer kleinen Kaste von Kriegsgewinnern vorfinden, die ihn beherrschen.

Allerdings, noch bedarf es der Arbeit und des Willens, um dies zu sichern. Nach ist das Neue labil nicht

in der Gewohnheit und ihrem Rechte fest verankert; noch besteht die Mehrheit aus drei oder vier, in sich selbst und im er einander durchaus nicht in allem einheitslichen Parteien, die das Zusammenarbeiten und die dafür nötige, schwierige Vereinigung von Disziplin, Selbstbeschränkung und Aktivität erst lernen müssen; noch hängt sehr vieles, das erst mit der Zeit Institution werden kann, an der Einsicht und dem guten Willen weniger Führenden — und die Vorgänge beim Sturze Bethmanns haben warnend gezeigt, wie schnell noch immer der Rückfall in gänzlich unkonstitutionelle Zustände möglich ist, im Kriege und in der Lähmung des Belagerungsstandes und der Zensur noch ganz anders als im Frieden. Man darf auch nie übersehen, daß jedes Neue, das wird, vermehrte

Widerstände

herbeibringt. Wir haben es erfahren. Die Wandlung der Sozialdemokratie zur positiven Mitarbeit am Staate hat die Abplitterung der Unabhängigen zur Folge gehabt. Die Wandlung der Volksmehrheit zur Demokratie nach innen und außen hat das Bündnis gegen die Demokratie und für Annerktionen, das der Großgrundbesitz und die Schwerindustrie früh geschlossen hatten, noch fester geknüpft. Und je deutlicher der alldeutsche Chauvinismus als Kinderkrankheit bloßgestellt wurde, desto wilder wurde seine durch reichliche Geldmittel unterstützte Agitation; die Vaterlandspartei, in der sich die Reaktion einen riesigen Apparat für die kommenden Wahlen aufbaut, zeigt uns schon jetzt, was uns noch bevorsteht. Offen muß auch gesagt sein, daß manche Kreise des deutschen Bürgertums, auch gerade der Gebildeten, dem reaktionären Ansturm sehr zugänglich sind: ein unklarer Stimmungs-Patriotismus, der sich nicht mit Wirklichkeitsinn verbindet; eine Empfänglichkeit für Phrasen und Schlagworte, die der Bildung nicht sehr würdig ist; ein Mangel an Disziplin, dem der unpolitische Verwaltungstaat als gottgewollte Fortschrittlichkeit erscheint und als um so erhaltenswerter, je mehr sie von der Demokratie für ihre Vorrechte oder für ihre Portemonnaische fürchten zu müssen glauben; eine tiefmateria- listische Grundhaltung endlich, die sich über den eigenen Mangel an innerlichem Besitz durch eine stolz gepredigte Verachtung von Jbern und Idealen überhaupt hinwegtäuscht — das alles floß schon vor dem Kriege zusammen zu der großen Bereitwilligkeit vieler Deutscher, den Autoritäten indolent und ohne Sehnsucht nach eigener Verantwortung für die Sache des Vaterlandes gegenüberzuwachen, die das verschuldete, was auch Prinz Max von Baden die „deutsche Unfreiheit“ nennt, und die den Boden für die alldeutsche Gewalt-Propaganda bereitete. Die Zustände unserer Kriegswirtschaft, Mißergerne und Mißanschließendel, kommen solcher „heimlicher Sinnesart“ noch weiter entgegen. Wie ja auch sonst für manchen, der plötzlich zum Befehlen kam, wenn er des inneren Volkes entbehrte, der Krieg und vor allem das Leben in der Stappe, im Okkupationsgebiet und auf dem Truppenübungsplatz nicht gerade ein Erzieher zu wahrer Humanität gewesen ist. Warum es leugnen? Das

deutsche Bürgertum

wird nach dem Kriege in einer politischen Krise stehen, die uns auch eine gänzliche Umgestaltung unserer politischen Parteien und damit vielleicht die Teilung von der Parteizersplitterung bringen kann. Ungeheuer vieles hängt davon ab, ob gerade die durch Bildung und Besitz führenden Schichten — denn sie können Führer sein, auch und erst recht beim gleichen Wahlrecht! — wieder den Anschluß an das Leben des Volkes und an den Geist des deutschen Idealismus gewinnen, ob sie sich mit dem werdenden Neuen verbünden oder mit den alten Mächten der Vergangenheit. Die Stimmung der Umwelt wird dem Alten nicht gerade günstig sein. Die russische Revolution, welthistorisches Ereignis von höchster Bedeutung, wird erst nach dem Kriege zur vollen Wirkung auf die Geister kommen. Und wer möchte prophezeien, was in Frankreich, in Italien oder sonstwo spätestens dann geschehen wird, wenn mit dem Ende des Krieges die Zeit der großen Abrechnung beginnt? Ventile rechtzeitig zu öffnen, ist von allem anderen abgesehen erstes Erfordernis voranschauender Staatskunst.

Schließlich: die Politik wird nicht nur durch Theorien bestimmt, sondern noch viel mehr durch Tatsachen, durch konkrete Aufgaben, die gelöst werden müssen. Und diese „Zwang zum Schaffen“ ist die beste Sicherung des werdenden deutschen Volksstaats. In kurzen Zügen: Das neue Deutschland wird demokratisch sein, weil es nur durch die Demokratie, durch die gleichberechtigte Teilnahme aller die ungeheuren Aufgaben bewältigen kann, vor die die Liquidation des Krieges es stellen wird. Es wird in ganz neuen Maßstäben sozial sein müssen, um nach der Revolution der Preise, nach der Umschichtung der Vermögen und nach der neuen Konzentration des Kapitals die Riesenschlössen des Krieges gerecht zu verteilen und einen gesunden Wiederaufbau der Wirtschaft ein menschenwürdiges Dasein der Massen zu gewährleisten. Es wird, so hoffen wir, auch liberal sein, weil es seine